

ContraSalon

Dipl.- Ing. Jürgen Wahl - Privater politischer Brief - Nr. 19 - 15. 11. 2018

„Die Mär vom Klimaschutz“

Unter diesem Titel veröffentlichte der Bonner „General-Anzeiger“ am 5. November zwei volle Seiten mit sowohl wissenschaftlicher als auch politischer Auseinandersetzung mit dogmatischen „Trendsettern“ in Sachen Klima, wie es sie rund um Deutschland und im Rest der Welt nicht so gibt wie bei uns. Auch eine Dokumentation fehlt nicht. Ich habe dem Chefredakteur spontan gedankt. Man kann nur hoffen, dass sich weitere Publizisten gegen andere Medien-Trends engagieren, wie sie fast jeden Abend auftreten. JW

Meine neue Polen-Revue

Eine polnische Umfrage zum Kindesmissbrauch in der Kirche: 81% meinen, in der Kirche gäbe es Pädophilie. 41% meinen, unter Priestern sei sie „häufig“. 73% fordern „mehr Transparenz“. - Die Polnische Bischofskonferenz will „Ende November“ einen Bericht über polnischen kirchlichen Missbrauch vorlegen. Viele Beobachter in Warschau glauben nicht, dass „alles auf den Tisch kommt“.

Gestützt auf britische Wissenschaftler, sagen GB-Medien, ein Brexit werde vor allem Irland und Polen schaden. Polen koste der Brexit bis 2020 über vier Mrd. Euro.

Beim 75. Geburtstag von Lech Walesa überreichte EU-Präsident Donald Tusk schriftliche Glückwünsche aller europäischen Staats- und Regierungschefs – mit Ausnahme von Orban (H) und Morawiecki (PL).



In einem siebenseitigen Interview forderte Präsident Duda u.a. eine neue polnische Verfassung. Er sei proeuropäisch, bekämpfe „natürlich“ „Nord Stream II“ und „Leute in Brüssel, die unsere Justiz verändern wollen“.

Präsident Donald Tusk

Heftige Proteste löste PiS.Chef mit seiner Rede auf dem Parteitag in Allenstein aus. Er habe Polens Richtern „Oikophobie“ (Distanz zu Heimat) vor geworfen. Indem er praktisch ein Stück Rechtsstaatlichkeit demontiere, schade er auch Polen im Ausland.

Immer mehr Gerichte in der EU folgen einer Empfehlung des EuGH und richten z.B. in Sachen Europäischer Haftbefehl Fragen an Polen. Ein Gericht in Amsterdam z.B. befragte Gerichte in Posen, Warschau und Gleiwitz zu deren Arbeitsweise. Auch Gerichte in Rzeszow und Schweidnitz wurden aus der EU befragt.

Polens Medien betonen, dass sie sich weiter mit der „Tonbandaffäre“ aus 2013/14 befassen. Es bleibe unklar, wie viele Ton-Aufnahmen noch existieren. Noch immer sei unklar, wie stark der heutige MP Morawiecki „verwickelt“ sei.

Am 10.10. brachte eine IBRIS-Umfrage 37% für die vereinte Rechte, 30% für die PO, 10% für Kukiz, 7% für die SLD und 5% für PSL

Am 11.10. kritisierten die Medien, dass der PiS-Chef Kaczynski seit Januar im Sejm fehle. Er war zwar einige Zeit krank, lief aber seit September „im Haus herum“.

40% der polnischen Kommunalwahlkandidaten waren diesmal Frauen. Seit 2006 der größte Anstieg. In 54 Gemeinden kandidierten nur Frauen gegeneinander,

Für eine ständige US-Truppenpräsenz in Polen stimmten 57%, 23,7 waren dagegen. Nur 33,2% sind bereit, dafür 2 Mrd Dollar aufzuwenden.

Im polnischen Kommunalwahlkampf kam es zu üblen PiS-Details. Die Partei beschuldigte die PO u.a., das Land mit muslimischen Migranten zu überschwemmen. *Gazety Wyborza* nannte die PiS-Tour „Nazi-Propaganda“

Kommunalwahlen, erste Fakten: PiS 32.3%, KO 24.7%, PSL 16.6%. SW 6.3%, Kukiz 6.3%, SLD 5.7%. Höchste Wahlbeteiligung seit 1945: 51.3% - Größter KO-Sieg: Trzaskowski im ersten Wahlgang mit 54.1% Warschauer Bürgermeister. PiS konnte keine Großstadt knacken, redet aber von Sieg. Was fürs Land zutrifft, z.B. für Oberschlesien und Niederschlesien.

Schon vor den Kommunalwahlen bewies die PSL, dass sie sich neu organisierte. Mehr junge Leute und Kosiniak-Kamysz als Vorsitzender. „KK“ ist ausdrücklich Christdemokrat. Donald Tusk unterstützte ihn auf einer Krakauer Versammlung als „Politiker mit vielen Perspektiven.“

Aufregung am 28/29.10. Werden die Deutschen ihren Arbeitsmarkt 2019 so öffnen, dass jeder zweite in Polen arbeitende Ukrainer abhaut? „Das würde 500.000 unbesetzte Stellen in Polen bringen!“ - In Deutschland winke vierfacher Lohn. Jetzt werden in Polen Anwerbungen in Belarus, Georgien, Indien, Vietnam und Nepal diskutiert.

Die größte polnische Zeitung, *Gazeta Wyborza*, erschien mit einer großen Beilage „Schwarzes PiS-Buch“. Die Partei verstoße gegen Recht und Demokratie.

Der „Raten-Rücktritt“ von Angela Merkels, so alle polnischen Blätter und das TV, sei „für Polen und die ganze EU eine ganz schlechte Nachricht“.

Das deutsch-polnische Verhältnis bleibt schwierig. Polens Medien bleiben polemisch. Wirtschaft demonstriert dagegen ihre Zufriedenheit mit Deutschland. Echte Gegensätze bleiben: 1. Nord Stream II, 2. Migrationspolitik. Polen lehnt (mit anderen Staaten) „Brüsseler Zuweisungen von Migranten“ ab. Die Top-Kommentatorin Agnieszka Lada: „Die Konsultationen mit Merkel haben uns keinen Schritt weiter gebracht.“ --- Es wurde auch über die Finanzierung von Kreisau gesprochen. Leider kenne ich kein Resultat, bemühe mich darum.

=====

Bernd Posselt

Emmanuel Macron verdient JETZT starke deutsche Antwort

Gemecker über Berliner Politik? Dabei wird viel klar ausgedrückt, nur nicht oder fad berichtet. Ein Hit ist z.B. das sehr ausführliche Kapitel 1 der Absprache Merkel-Macron, das sich zu ***Fortschritten bei der europäischen Einigung*** bekennt. Noch nie hatte eine Berliner Regierung diesem Themenbereich die vorderen Seiten eines entsprechenden Abkommens gewidmet. Ermutigt waren die Verhandler durch den triumphalen Wahlsieg, den Emmanuel Macron in Frankreich mit einem klaren Pro-Europa-Kurs gegen Links- und Rechtsextremisten erzielt hatte.

inpiriert zeigten sich vor allem ein aufsteigender und ein in die Innenpolitik wechselnder Europapolitiker: EVP-Fraktionschef Manfred Weber von der CSU und Martin Schulz von der SPD. Letzterer fiel bald innerparteilichen Intrigen zum Opfer Ersterer ist der Chef der stärksten Fraktion im Europaparlament und wird Spitzenkandidat der christdemokratischen EVP für die Europawahl am 26. Mai 2019.



Präsident Bernd Posselt

Nicht nur die europäische, sondern auch die Berliner Politik braucht endlich einen Aufbruch hin zu einem demokratischen und handlungsfähigen europäischen Bund, wie ihn Präsident Macron versuchte und der deutsche Koalitionsvertrag verhiess.

Wenn Macron bis Ende nächsten Jahres nicht echte europapolitische Fort-

schritte vorweisen kann und den Schulterschluss mit der deutschen Regierung findet, wird er scheitern - mit den fürchterlichen Risiken eines rechts- oder linksextremen Nach-folgers, der zudem anti-europäisch **und vom Kreml finanziert wäre**. Schafft es die Bundespolitik nicht, bis zur Mitte der Legislaturperiode konkrete Vorschläge und begeisternde Visionen für eine grundlegende EU-Reform vorzulegen und schritt-weise umzusetzen, wird dieses Thema in künftigen Bündnisverträgen zwischen den jeweiligen Regierungsparteien erneut in die Fußnoten oder Anhänge rutschen.

Der nun schon anrollende Europawahlkampf bietet anders als früher die Chance, von der breiten Masse der Bevölkerung als solcher wahrgenommen zu werden und nicht als innenpolitischer Nebenkriegsschauplatz. Er ist die große Schlacht zur Parlamentarisierung der EU sowie zur Offensive gegen Nationalisten und Populisten. So schwierig das Wahlergebnis in Bayern war, es hat bewiesen, dass man Kräfte wie die AfD mit einer harten Konfrontation gegen diese Nationalisten in die Schranken verweisen kann.

Die AfD behauptet, sie sei die CDU und CSU von früher. Abgesehen davon, dass ein erheblicher Teil ihrer Wähler auch von links kommt, vertritt sie in allen wesentlichen Punkten das Gegenteil dessen, wofür die Christdemokratie gegründet wurde. Statt West-Integration zeigt sie Moskau-Hörigkeit, statt Europäischer Einigung nationalstaatliche Zersplitterung, statt Sozialer Marktwirtschaft mit großen S nackten Kapitalismus, statt dem christlichen Menschenbild mitleidslose Ausgrenzung sowie statt einer repräsentativen und föderalistischen Demokratie eine rechtspopulistische Hysteriegesellschaft. Deshalb sind die Gaulands und Höckes Hauptgegner der Christdemokratie und keine verirrtten Brüder.

SPD und FDP wiederum müssen es schaffen, zu klaren inhaltlichen Botschaften zurückzufinden. Noch mehr als CDU und CSU erwecken sie bei vielen Wählern den Eindruck der Beliebigkeit. Dabei braucht Europa sowohl eine funktionierende Christ- und Sozialdemokratie als auch den klassischen Liberalismus. Die Grünen müssen ihrerseits höllisch aufpassen, dass sie eine ehrliche Umwelt- und Menschenrechtspolitik machen und sich nicht in eine zwangsbeglückende, die Menschen bevormundende Verbotsideologie verrennen.

Das mediale Getrommel gewisser camerasüchtiger Politikwissenschaftler und Kommentatoren, dass das Ende der Volksparteien unvermeidlich sei, ist falsch. Die Verantwortlichen müssen nur erkennen, dass sich das Volk geändert hat und sehr heterogen geworden ist. Soll nicht ein Übermaß an Einzelanliegen den politischen Diskurs dominieren und die Demokratie unregierbar machen, ist eine geistig fun-

dierte Auseinandersetzung über die wirklich großen Themen notwendig. Dazu gehören die Europäische Einigung, mehr Menschlichkeit statt nur mehr Profit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und die Festigung von Freiheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt in der digitalisierten Welt.

=====

DIESES BUCH LOHNT SICH ZU LESEN !

Michael Gehler / Rolf Steiniger: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Seine Vor- und Nachgeschichte, Lau-Verlag, Reinbek 2018, 487 S.

Wie die Bibliographie im Anhang zu dieser neuen Veröffentlichung zeigt, liegen Berichte, Analysen und Dokumentationen zum Aufstand gegen das DDR-Regime am 17. Juni 1953 in großer Zahl vor. Nach der „Wende“ von 1989/1990 hat es noch einmal eine signifikante Zunahme von Publikationen gegeben, die teils dem Interesse am Vergleich der damaligen Ereignisse mit dem geglückten Aufstand, der zur Wiedervereinigung führte, geschuldet war, teils aber auch der Zugänglichkeit neuer Quellen nach dem Fall der Mauer. Das vorliegende Buch kann man als Bilanz der Bemühungen um die wissenschaftliche Aufarbeitung der „unterdrückten Volksaufstands“ von 1953 lesen.

Es stammt aus den Federn zweier Autoren, deren Arbeiten sich ergänzen, ohne jedoch direkt aufeinander Bezug zu nehmen. Der Hildesheimer Historiker Michael Gehler behandelt unter dem Titel „Besitzstandswahrung in Ost und West. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 im deutschen und internationalen Kontext. Darstellung und Dokumente“ im Wesentlichen die politische Vorgeschichte. Der Schwerpunkt liegt auf der Deutung der Initiativen, die darauf abzielten, Bewegung in die starren Fronten des Ost-West-Konflikts zu bringen - und der Abwägung des historischen Potential der verschiedenen diplomatischen Vorstöße und die da-durch ausgelösten Reaktionen.

Rolf Steiniger behandelt unter dem Titel „17. Juni 1953 – Der Anfang vom langen Ende der DDR“ die Nachgeschichte und damit vor allem die Wirkung, die der Aufstand gegen das Regime - als Menetekel - auf dessen Führung ausübte und zu seiner permanenten Verunsicherung führte. Den geglückten Aufstand von 1989, der das Schicksal der SED und der DDR besiegelte, will Steiniger trotzdem nicht als Konsequenz des 1953 unterdrückten Aufstands verstehen, da in den 36 Jahren, die dazwischen liegen, viele Ereignisse und Entwicklungen, die der Autor in Einzelnen darstellt, auf den Gang der Dinge eingewirkt haben, die zum definitiven Ende der kommunistischen Diktatur geführt haben: von der Entstalinisierung über die Mangelwirtschaft, die Aktivität der Stasi und die Repression, den Mauerbau, bis hin zur Herausforderung durch die Brandt'sche Ostpolitik. Und es gab den einen entscheidenden Unterschied: diesmal erfolgte kein Schießbefehl gegen die aufständischen Bürger in Leipzig und andernorts - und die sowjetischen Panzer blieben in den Kasernen.

Das unterschiedliche Erkenntnisinteresse der beiden Autoren führt sie zu unterschiedlichen Ansätzen sowohl in der Forschung wie in der Erzählweise. Während Steiniger eine lineare Darstellung des Geschehens liefert, analysiert Gehler, zieht Schlussfolgerungen und urteilt. Breiten Raum nimmt in seiner Darstellung die kritische Erörterung der umfangreichen Literatur ein, die insbesondere zu den großen Kontroversen über die relevanten Ereignisse jener Zeit vorliegen. Vor allem mit der Kontroverse um die Stalin-Note von 1952, die eine Wieder-vereinigung unter der Voraussetzung einer Neutralisierung Deutschlands in Aussicht stellte, setzt sich der Autor intensiv auseinander. In dieser Kontroverse begegneten sich alle möglichen Deutungen der sowjetischen Deutschland- und Europapolitik.

Die Auseinandersetzungen mit ihren widersprechenden, oft auch widersprüchlichen Deutungen, die die sowjetische Politik in den 50er Jahren im Westen von politischer und publizistischer Seite und auch noch lange danach in wissenschaftlichen Publikationen erfuhr, erscheint einem heute nach den inzwischen gemachten Erfahrungen und Erkenntnissen wie ein Schattenboxen. Dabei ging es durchaus nicht um eine akademische Frage, sondern um das Schicksal Deutschlands und Europas.

Dass sich bei den Westmächten, die keineswegs eine einheitliche Meinung vertraten und auch nicht am gleichen Strang zogen, **die Linie Konrad Adenauers durchsetzen konnte, der es kategorisch ablehnte, auf das verlockende Angebot Stalins einzugehen, schuf eine wichtige Voraussetzung mit dem glücklichen Ende der Überwindung der Teilung.** Adenauer ging es nämlich nicht um eine Lösung im Sinne eines Friedensvertrages, was Gehler im Verein mit vielen zeitgenössischen Beobachtern kritisiert. Er wollte die deutsche Frage partout offen halten – in Erwartung einer grundlegenden Veränderung der politischen Lage, die eine „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ möglich machen würde, auch wenn eine solche Veränderung nach Lage der Dinge in überschaubarer Zukunft nicht zu erwarten war. --- Vor allem wollte Adenauer aber verhindern, dass der Prozess der Integration Deutschlands in den Westen, der mit dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf einem guten Wege war, in irgendeiner Weise gefährdet würde.

Bis zu dem Paradigmenwechsel durch die Regierung Brandt in den 70er Jahren ging es der deutschen Regierung - vor allem darum. Deshalb die ständige Bemühung, die Westmächte davon abzuhalten, sich z.B. im Rahmen von Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Sowjetunion auf Vereinbarungen einzulassen, die dazu angetan waren, die territorialen oder politischen Verhältnisse in Mitteleuropa rechtlich festzuschreiben.

Mit anderen Worten: Adenauer hat mit der Ablehnung der sowjetischen Note von 1952/53 also durchaus nicht, wie Gehler unterstellt, Chancen verpasst, sondern eine aus deutscher Sicht angemessene und schließlich auch wirksame Antwort auf die sowjetische Politik gegeben. Konrad Adenauer hat mit der Fehldeutung der deutschen Politik, die zu dem von

der Opposition und Teilen der populären und wissenschaftlichen Publizistik gepflegten Missverständnis von den „verpassten Chancen“ gut leben können, da er – wie die Wahlergebnisse der 50er und 60er Jahre ausweisen, die Bevölkerung hinter sich wusste.

Geschrieben + redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228- 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de /// **Deine/Ihre SPENDE bitte**

an dieses Konto: Volksbank in 53343 Wachtberg

IBAN = DE 15 3706 9805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I



Manfred Weber ist EVP-Kandidat für die Europawahl 2019. Deutsche Medien nannten den Christdemokraten falsch einen „Konservativen“. Wer sich in Brüssel / Straßburg wirklich auskennt, weiß natürlich, dass Weber die EVP-Fraktion führen kann, weil er kein Konservativer ist, sondern überzeugter Christdemokrat. Man muss offenbar wiederholen, dass die Linke die zu ihr zählenden Journalisten schon seit 1979 bittet, Christdemokraten als Konservative zu bezeichnen – wohlwissend dass z.B. in der Union Liberale und eher linke Christlich-Soziale neben und mit Konservativen sitzen. Die Linke tut dies, weil in Umfragen „konservativ“ fünfmal weniger sympathisch als christdemokratisch abschneidet.

